

KOMMENTAR

Streicht den Boomern die Rente zusammen!



Die Boomer sind keine Opfer dieses Systems, sie sind das System, schreibt NIUS-Kolumnist Ben Brechtken.

17.11.2025 - 04:50 Uhr



BEN BRECHTKEN

Spektakulär war es, wie die Junge Union am Wochenende den Bundeskanzler und der Bundeskanzler sich selbst zerlegte. Friedrich Merz entlarvte sich als Sklave der SPD, konnte die Rentenpolitik seiner Koalition nicht rational erklären und verhöhnte seine eigene Jugendorganisation. Doch der fundamental ausgetragene Streit auf offener Bühne kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass es eben nicht um die fundamentalen Fehler der gesetzlichen Rente, sondern lediglich um Stellschraubendreherei geht.

Das staatliche Billionen-Schneeballsystem, meistens beschönigend „gesetzliche Rente“ genannt, ist ein bankrott System. 2025 müssen

122,5 Milliarden Euro Steuergeld in die Rentenkassen gepumpt werden, um die mangelhafte Finanzierung aus den Sozialabgaben zu kaschieren. Damit sind mittlerweile 30 Prozent der Rentenausgaben steuerfinanziert, Mitte der 1980er-Jahre lag der Steuergeld-Zuschuss lediglich bei 5,5 Prozent.

Bald gehen die Boomer in Rente, es müssen pro Beitragszahler noch mehr Alte versorgt werden und die notwendige Reformbereitschaft ist bestenfalls mit einem Mikroskop auffindbar. Sieht nach einer ziemlich verlorenen Sache aus.



Die Junge Union begehrt auf

Jetzt keimt aber Hoffnung auf, ausgerechnet in Form der sonst so braven Jungen Union. In der Geschichte der Bundesrepublik dürfte ein Kanzler von seiner eigenen Jugendorganisation selten bis nie dermaßen unter Druck gesetzt worden sein wie Friedrich Merz am vergangenen Wochenende. Der rief sichtlich angefasst und halbwegs verzweifelt den JU-Delegierten zu:

„Glaubt jemand ernsthaft, dass wir einen Unterbietungswettkampf gewinnen: Wer bietet an, das niedrigste Rentenniveau? Das kann doch nicht euer Ernst sein.“ Merz behauptete, doch nur verschiedene Interessen ausgleichen zu wollen, um „strukturell mehrheitsfähig“ in Deutschland zu bleiben. Man dürfe es sich nicht mit den Rentnern und erst recht nicht mit der SPD verscherzen.

Hintergrund ist noch nicht einmal das geplante Rentenpaket von Union und SPD, das ganz kurz erklärt gar nichts am bestehenden System ändern soll. Dem hätte die Junge Union wohl artig

— zugestimmt. Anlässen des Aufstehens sind über den

zugestimmt. Auslöser des Aufstands sind über den Koalitionsvertrag hinausgehende 120 Milliarden Euro Kosten, die von der SPD unbedingt gefordert werden.

Die falsche Angst vor Konflikten

Die Junge Union ist genau genommen also nicht besonders rebellisch, was ihre Vertreter auch immer wieder betonen, sondern pocht schlicht und ergreifend auf die Einhaltung des Koalitionsvertrags. Begrüßenswert ist zwar, dass ein gerade für die jüngeren Generationen katastrophales System nicht noch katastrophaler werden soll, bedauernd ist jedoch, dass die größte politische Jugendorganisation des Landes eben nicht die grundsätzliche Systemfrage stellt, jedenfalls nicht die Verteilungsfrage, die im Rahmen ihrer realpolitischen Gestaltungsmacht liegt.

Deutschland bräuchte dringend genau den „Unterbietungswettkampf“, vor dem Friedrich Merz eindringlich warnte. Jeder weiß, dass heftige Verteilungskämpfe auf das Land zukommen. Linke haben das längst realisiert und angenommen, ihre Lösung ist einfach: Mehr Umverteilung, mehr Steuern, mehr Abgaben, mehr Schulden. Ein Schröpfen der Zukunft für den Machterhalt in der Gegenwart. Freiheitliche Menschen beschränken sich leider viel zu sehr darauf, vor Verteilungskämpfen zu warnen, anstatt sie selbst zu führen.



Merz geriet auf dem Deutschlandtag der Jungen Union schwer unter Beschuss.

Wieder einmal lässt eine falsche Angst vor Konflikten das Imperium des Etatismus unbehelligt weitere Gebiete einnehmen. Erkannt werden muss, dass der Verteilungskampf genau wie der Kulturkampf angenommen und geführt werden muss, sonst gewinnt automatisch die aktivere Seite.

Bei der Rentenpolitik gewinnen dramatischerweise die sich demographisch in einer Mehrheit befindenden Alten auf Kosten der Jungen. Im bestehenden Rentensystem gibt es nicht viele Optionen zur Linderung der Probleme. Die Beiträge können erhöht, das Renteneintrittsalter kann nach hinten verschoben oder es kann mehr Wirtschaftswachstum ermöglicht werden. Klappt das alles nicht, bleibt nur die Senkung des Rentenniveaus.

Wo sind die Lösungen für die Probleme?

Wirtschaftswachstum wird bekanntlich zunehmend zu einem Fremdwort in Deutschland, wenn nicht gerade zufälligerweise alle Feiertage auf einen Sonntag fallen, eine Billion Euro Schulden aufgenommen und großflächig Panzerschokolade verteilt wird, um eventuell 0,78 Prozent BIP-Steigerung zu erreichen. Können wir also von der Liste der Möglichkeiten entfernen.

Eine Verschiebung des Renteneintrittsalters kann nicht ernsthaft diskutiert werden. Sollte es nicht machbar sein, ein Rentensystem auf die Beine zu stellen, das Menschen spätestens mit Mitte 60 den Ruhestand ermöglicht, sollte gar kein Rentensystem existieren. Bei den Beiträgen sei die gewagte, ultramarktradikale These erlaubt, dass die Abgabenlast in Deutschland bereits hoch genug ist.

Eine Beitragserhöhung wäre außerdem ein weiterer Schlag in das Gesicht der jüngeren Generationen, die nichts für das kaputte Schneeballsystem können. Womit wir bei der systeminhärenten Debatte nur bei den

Hauptverantwortlichen ansetzen können. Möglich

Hauptverantwortlichen ansetzen können. Nämlich den älteren Generationen, die seit Jahrzehnten von den Problemen der gesetzlichen Rente wissen, die keinerlei wirksamen Reformversuche unternahmen, die eine Kollektivangst vor den Kapitalmärkten entwickelten, die zu wenige Kinder bekamen und die die Friedensdividende versoffen haben.

Es bleibt abseits von der Abschaffung der gesetzlichen Rente nur eine Lösung: Streicht den Boomern die Rente zusammen!

Es ist Zeit, dass die Boomer Verantwortung übernehmen

Klar ist das nicht gerecht. Viele Boomer haben hart gearbeitet und massiv Sozialabgaben gezahlt. Sie haben die Rentenlügen kritisiert und für private Vorsorge geworben. Aber so ist das mit staatlichen Massenkonstruktionen, Einzelfallgerechtigkeit gibt es leider nicht. Es gab einfach zu wenige Boomer mit politischem Verstand, die große Mehrheit hat all die heutigen Probleme sehenden Auges geschehen lassen.

Irgendein Kollektiv muss die Folgen dieser Bräsigkeit ausbaden. Es sollte das Kollektiv der Alten sein. Sie sind in ihrer Mehrheit eine politisch verantwortungslose Generation. Das darf nicht auf Kosten aller anderen folgenlos bleiben.

Die Boomer sind keine Opfer des Systems, sie sind das System. Sie wussten ihr ganzes Leben lang von sämtlichen Problemen. Sie haben die Probleme nicht gelöst, sondern verschärft. Die Folgen ihres fatalen Handelns sollten nicht die unschuldigen Generationen ausbaden müssen. Es ist an der Zeit, dass die Boomer Verantwortung für ihr Versagen übernehmen.

Lesen Sie auch:

[Merz fleht im Rentenstreit: „Ich muss dafür sorgen, dass die Regierung zusammenbleibt“](#)